

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 12 (1920)
Heft: 11

Artikel: Nach dem Kongress
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351253>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gewerkschaftliche Rundschau

für die Schweiz

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Abonnement jährlich 3 Fr.
Für das Ausland Portozuschlag
Postabonnement 20 Cts. mehr

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 8, Bern
Telephon 3168 Postscheckkonto N° III 1366
Erscheint monatlich

Druck und Administration: Unionsdruckerei Bern
Kapellenstrasse 6

INHALT:

	Seite		Seite
1. Nach dem Kongress	99	5. Aus andern Organisationen	105
2. Um die III. Internationale	101	6. Volkswirtschaft	105
3. Aus schweizerischen Verbänden	102	7. Streiks im IV. Quartal 1920	105
4. Internationale Konferenzen	103	8. Ausland	106
		9. Literatur	106

Nach dem Kongress.

Der Neuenburger Gewerkschaftskongress konnte das ihm aufgegebene Arbeitspensum nicht bewältigen. Er hat somit die in ihm gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Man würde trotzdem einen Fehler begehen, wollte man jemand für dieses Versagen persönlich verantwortlich machen. Nicht nur sind die Gegensätze innerhalb der Bewegung grösser geworden, auch die Zahl der Teilnehmer am Kongress ist von 100 in Bern im Jahre 1917 auf 300 gestiegen. Dazu kommt, dass alle Voten französisch oder deutsch übersetzt werden müssen, was eine starke Beeinträchtigung der Redezeit bedeutet. Schliesslich kommen doch die Delegierten zum Kongress, um zu den vorliegenden Fragen ihre Meinung zu sagen und nicht als Statisten. Es wird daher die Frage zu prüfen sein, was getan werden muss, um die jeweils vorliegenden Geschäfte restlos abzuwickeln. Eine Möglichkeit hierzu besteht in der Reduktion der Delegiertenzahl, die zweite in der Verlängerung der Tagungszeit und die dritte in der stärkeren Heranziehung des Gewerkschaftsausschusses zur Lösung grundsätzlicher Fragen.

Die erste Möglichkeit fällt ausser Betracht, da sie unvereinbar ist mit der Erteilung des Stimmrechts an die Vertreter der Unionsen, wie sie vom Bundeskomitee vorgeschlagen wird. Die Verlängerung der Tagungszeit wird man trotz der grossen Kosten für spätere Kongresse ernstlich ins Auge fassen müssen. In Verbindung damit wird dahin getrachtet werden müssen, dass der Gewerkschaftsausschuss alle Angelegenheiten vorweg erledigt, die nicht unbedingt der Kompetenz des Kongresses unterliegen.

Die Verbände waren auf dem Kongress mit 238 Delegierten, 27 Gewerkschaftskartelle mit 40 Delegierten vertreten. Ferner nahmen teil 18 Mitglieder vom Ausschuss, Bundeskomitee und Sekretariat und 1 Mitglied des Arbeitersekretariates, dazu 2 Vertreter der sozialdemokratischen Partei, 2 Vertreter der tschechoslowakischen Gewerkschaften und je ein Vertreter von Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark und Schweden und Genosse Qudegeest als Vertreter des Int. Gewerkschaftsbundes.

Von Anfang an machte sich auf dem Kongress eine Gruppe der «Linksorientierten» bemerkbar, die meist ziemlich geschlossen auftrat, gleichwie sie schon vor dem Kongress eine lebhaft propagandistische Tätigkeit entfaltet hatte. Wie berichtet wird, soll diese Gruppe zu einer ständigen Einrichtung werden. Darüber wird noch zu reden sein.

Zum Bericht des Bundeskomitees, der gedruckt vorlag, kam die Diskussion nur schwer in Gang. Dass das Wort zum Bericht überhaupt verlangt wurde, geschah nach dem Geständnis des ersten Redners nur, um nicht den Anschein zu erwecken, als sei man von der Tätigkeit des Bundeskomitees befriedigt. Von den mehr als 60 Kapiteln des Berichtes war es die Kampagne für die 48stundenwoche, die als Beweis für die Unfähigkeit des Bundeskomitees herhalten sollte. Damit hatte man aber gründlich daneben gehauen, weil, wenn schon ein Verschulden vorliegen würde, was wir entschieden bestreiten, nicht das Bundeskomitee, sondern der ausserordentliche Kongress vom April 1919 in dieser Sache verantwortlich wäre.

Wenig Gefallen fand der Kongress an der Abrechnung des Aktionskomitees für die Kosten der Generalstreikprozesse und das Stenogramm vom Landesstreikprozess, die trotz der ziemlich ergiebigen Geldsammlung mit einem erklecklichen Defizit abschliessen. Dieses Defizit müssen die Organisationen übernehmen.

Im Zentrum des Interesses stand der Kampf um die Schaffung einer sogenannten Schweiz. Arbeiterunion, der denn auch auf dem Kongress den breitesten Raum einnahm. Man sucht es auch nach dem Kongress so darzustellen, als handle es sich dabei um den Kampf des «Neuen» mit dem «Alten». Man suggeriert immer wieder die Auffassung, als gelte es, unmittelbar mit zusammengefassten Kräften den letzten Widerstand des Kapitalismus zu brechen. Man will mitten im Kampf eine Umgruppierung der Kräfte vornehmen, für die alle organisatorischen und psychologischen Vorbedingungen fehlen. Es ist eine auf Annahmen, aber nicht auf Tatsachen sich stützende Behauptung, die Aufgaben und Ziele, die sich die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft gesetzt haben, könnten besser durch eine Arbeiterunion als durch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei gelöst werden.

Nicht eine Umgruppierung der Kräfte, die strategisch und taktisch schwere Nachteile im Gefolge hat, sondern die Zuführung neuer Kräfte in die Gewerkschaften, die Rekrutierung der 250,000 organisationsfähigen Unorganisierten als neue Kampftruppen und die Fühlungnahme mit den Gruppen der Kopfarbeiter werden uns die nötige Stosskraft verleihen.

Die Einheitsorganisation ist weder neu noch originell. Bei dem heutigen Umfang und Aufgabenkreis der Organisationen würde sie zu einem unerträglichen Zentralismus in der Bewegung führen, zu einer Lähmung der notwendigen Gruppeninitiative. Organisatorisch gedacht, ist sie ein Fremdkörper, gespeist vom Blute der Zentralverbände und der Partei, der unab-

hängig von diesen ein Eigenleben führt und ihnen die beste Kraft entzieht.

Schon der jährlich stattfindende Arbeiterkongress mit seinen über 600 Delegierten wäre ein arbeitsunfähiges Monstrum. Die Antragsteller sind sich ja selber noch nicht klar darüber, wer den Arbeiterkongress zu wählen hat, ob die Verbände oder die Unionen. Sie sprechen von einer besonderen Vertretung der Verbandsleitungen und der Unionen, wie des Bundeskomitees und der Geschäftsleitung der Partei, und überlassen es jedem einzelnen, sich diese besondere Vertretung nach Belieben vorzustellen. Vom Exekutivkomitee, das stark an das verflornte Aktionskomitee erinnert, ganz zu schweigen. Die letzten zwei Jahre haben genugsam bewiesen, wie man sich in manchen Kreisen die Tätigkeit eines solchen Exekutivkomitees vorstellt.

In einem mit «Ein Pyrrhussieg» überschriebenen Artikel des «Basler Vorwärts» wird mit Befriedigung von der starken Minorität für die Basler Anträge Notiz genommen und daraus abgeleitet, dass die Sache «marschiert». Man sollte sein Gedächtnis ein wenig auffrischen durch Nachlesen des Protokolls des zweiten Arbeiterkongresses. Dort wurden ähnliche Anträge wie die heutigen mit 262 gegen 68 Stimmen *angenommen*. Die Ernüchterung hat also, ganz im Gegensatz zur Basler Meinung, in den letzten zwei Jahren erhebliche Fortschritte gemacht, da die praktische Ueberlegung die Unhaltbarkeit eines solchen Organisationsapparates, aufgepfropft auf die Gewerkschaftsverbände, ergab.

Wenn man uns im «Basler Vorwärts» die Anwendung von «Demagogenkniffen» unterschiebt, so legen wir das zum übrigen. Jedenfalls sind unsere Argumente durchsichtig und logisch. Hat man sich so in eine Idee verbohrt, wie das in Basel und Zürich mit dieser Einheitsorganisation der Fall ist, sollte man aber trotzdem stutzig werden, wenn man sieht, mit welchem Eifer das Projekt gerade von denen gefördert wird, die den Kampf gegen die Zentralverbände viel lebhafter betreiben als den Kampf gegen den Kapitalismus selber.

Die Statutenrevision gedieh nicht weiter als bis zum Artikel 2. Hier drang, entgegen dem Antrag des Ausschusses, ein modifizierter Minderheitsantrag durch. Das ist um so weniger ein Unglück, als diesem Antrage die «Giftzähne» ausgebrochen worden sind. Die Klarheit der Redaktion lässt allerdings zu wünschen übrig.

Da einem «linksorientierten» Geschäftsordnungsanhang gemäss die Statutenberatung vorzeitig abgebrochen werden sollte, womit die Gefahr entstand, dass die Anträge in bezug auf das Mitspracherecht der Gewerkschaftskartelle unerledigt blieben, wurde beschlossen, die Bereinigung der Statuten dem Gewerkschaftsausschuss zu übertragen. Die Möglichkeit der Verständigung in dieser Körperschaft dürfte gegeben sein, nachdem die gefährlichsten Anträge unter Dach sind.

Bei dieser Gelegenheit konstatierte ein Anhänger der Einheitsorganisation, in einem so grossen Parlament sei die Durchführung einer Statutenberatung unmöglich. Trotzdem will man von gleicher Seite einen Beratungskörper schaffen, der mehr als doppelt so gross ist.

Moskau — Amsterdam! Es ist schade, dass die Zeit zur Behandlung dieses Themas nicht ausreichte, um so mehr, als in nächster Zeit sich einzelne Verbandstage mit dieser Frage befassen müssen und eine Abklärung dringend nötig wäre. Es darf aber, ohne der Wahrheit zu nahe zu treten, behauptet werden, dass, hätte eine Abstimmung stattgefunden, der Anschluss an Moskau vom Kongress mit grosser Mehrheit abgelehnt worden wäre. Eine Gruppe von Delegierten auf dem Kongress trug ihren Abscheu vor der «gelben» Amsterdamer Internationale allerdings lebhaft zur Schau. Schon als

Quedegeest das Wort nahm, ertönte in einer Ecke ein schüchterner Pfiff. Dieser Pfiff machte Mut, und es wurde für das Auftreten des Genossen Jouhaux ein regelrechtes Pfeiferkonzert arrangiert. Die Regie klappte indessen nicht. Das beginnende Konzert ging in einem spontanen Beifallssturm unter, und Jouhaux konnte seine herzlich aufgenommene Ansprache ohne weiteren Zwischenfall beenden.

Gegen die Uebernahme des schweiz. Arbeitersekretariates durch den Gewerkschaftsbund hatte der Kongress nichts einzuwenden. Wenn die Bundesversammlung der gleichen Auffassung ist und die verlangte Subvention bewilligt, kann die gemeinsame Tätigkeit beginnen.

Wir bedauern, dass die Frage der Stellung zu den andern Verbänden und der «Internationale Arbeiterschutz» nicht mehr behandelt werden konnten. Insbesondere die erstere Frage ist aktuell und für die Entwicklung der Bewegung wichtiger als der Zank um die «Dritte». Immerhin wurde zum Schlusse noch eine Resolution aus den Kreisen des Verbandes der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter angenommen, die sich in der Richtung bewegt, wie sie vom Bundeskomitee vorgeschlagen werden wollte.

Als der Kongress beendet war, hatte man das Gefühl, nur halbe Arbeit geleistet zu haben. Je nachdem, auf welchem Boden man steht, konnte sich dieses Gefühl auch bis zum moralischen Katzenjammer steigern. Das ist offenbar beim Redakteur der «Holzarbeiterzeitung» der Fall, der in seinem Kommentar, wie man das von ihm übrigens gewohnt ist, schnoddrige Witze reist wie ein Zirkusclown, und seine Mitglieder damit unterhält. Wir wollen ihn dabei nicht stören, soweit er nicht versucht, Tatsachen nach seinem Belieben umzubiegen. So zitiert er einen Satz aus dem Votum Dürrs zur Frage der Einheitsorganisation, in dem den Holzarbeitern ihre nachträglich ablehnende Haltung zum Bauarbeiterverband vorgehalten wird. Demgegenüber will man an Hand des Protokolls des Holzarbeiterverbandstages beweisen, dass Dürr dort gesagt habe: «In der Fusionsfrage mit dem Bauarbeiterverband stehe ich auf dem gleichen Standpunkt wie der Verbandsvorstand. Diese Angelegenheit ist noch nicht spruchreif, sie muss genau geprüft werden.» Hierzu ist mit aller Entschiedenheit zu erklären, dass das Protokoll nicht anerkannt wird. Es ist kein Stenogramm und kann keinen Anspruch auf Gengauigkeit machen. Die betreffende Stelle lautete in Wirklichkeit: «In der Fusionsfrage kann man in guten Treuen verschiedener Meinung sein. Ich will auf die Motive, von denen sich der Verbandsvorstand leiten liess, hier nicht weiter eintreten, jedenfalls aber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.»

Bei diesem Anlass sei bemerkt, dass das Protokoll sehr lückenhaft abgefasst ist. Die Voten Reichmann und Kopp über deren Stellungnahme zu der Frage der Einheitsorganisation erscheinen merkwürdig abgekürzt und gestrahlt. Doch das nur nebenbei.

Wenn die «Holzarbeiterzeitung» sich so ins Zeug legt für die Zusammenfassung der Kräfte und für eine wirkliche Disziplin, so muss eben heute wie auf dem Kongress daran erinnert werden, dass die Holzarbeiter mit der Ablegung des «Gruppenegoismus» Ernst machen und dem Bauarbeiterverband beitreten sollen. Auch mit der Disziplin hat es seinen Haken. Die Holzarbeiter haben mit ihren Meistern Arm in Arm ein Möbelfuhrverbot erwirkt, ohne vorher im Gewerkschaftsausschuss auch nur einen Ton zu sagen, ohne sich irgendwie zu vergewissern, ob die übrige Arbeiterschaft einverstanden ist. Ist das Disziplin? Wer diese Tugenden auf allen Gassen so anpreist wie die «Holzarbeiterzeitung», der sollte selber auch danach handeln, sonst

sind seine Grundsätze nichts als ein wertloses Lippenbekenntnis.

Was die Abgrenzung nach links betrifft, von der die «Holzarbeiterzeitung» spricht, wollen wir diese Operation zunächst abwarten. Bisher war es uns trotz grösster Aufmerksamkeit nicht möglich festzustellen, wo Reichmann aufhört und Bobst anfängt.

Zum Schluss noch ein paar interessante Zahlen: Trotzdem die Delegierten eingeladen waren, ihre Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen, wurde dem nicht durchweg Folge geleistet. Es fehlten die Büchlein von Delegierten der folgenden Verbände: Bekleidung 2, Buchbinder 3 (alle), V. H. T. L. 3, Eisenbahner 18, Metall- und Uhrenarbeiter 9, Papierarbeiter 1, Textilarbeiter 2, Heimarbeiter 1, Telephon 1, Zahntechniker 1.

Von den anwesenden Delegierten war einer unter 20 Jahre alt und weniger als 1 Jahr Mitglied, 16 sind 21—25 Jahre alt, von diesen 4 weniger als 1 Jahr, 2 bis 3 Jahre, 4 bis 5 Jahre, 2 bis 6 Jahre und 1 bis 7 Jahre organisiert. 26 bis 30 Jahre alt waren 39 Delegierte, davon sind 6 weniger als 1 Jahr, 4 bis 2 Jahre, 8 bis 3 Jahre, 6 bis 4 Jahre, 2 bis 5 Jahre, 3 bis 6 Jahre, 3 bis 7 Jahre, 1 bis 8 Jahre, 3 bis 9 Jahre, 2 bis 10 Jahre und 1 bis 11 Jahre organisiert. 44 Delegierte stehen im Alter von 31 bis 35 Jahren. Davon sind 10 weniger als 1 Jahr, 3 bis 2 Jahre, 7 bis 3 Jahre, 4 bis 4 Jahre, 3 bis 6 Jahre, 4 bis 7 Jahre, 1 bis 8 Jahre, 2 bis 9 Jahre, 2 bis 10 Jahre und 8 bis 15 Jahre organisiert. 49 Delegierte stehen im Alter von 36 bis 40 Jahren. Davon waren 4 weniger als 1 Jahr, 1 bis 2 Jahre, 4 bis 3 Jahre, 3 bis 4 Jahre, 1 bis 5 Jahre, 3 bis 7 Jahre, 5 bis 9 Jahre, 3 bis 10 Jahre, 14 bis 15 Jahre, 7 bis 20 Jahre und 4 über 20 Jahre organisiert. 22 Delegierte standen im Alter von 41 bis 45 Jahren. Darunter waren 3 bis 2 Jahre, 1 bis 3 Jahre, 2 bis 4 Jahre, 1 bis 6 Jahre, 2 bis 7 Jahre, 1 bis 8 Jahre, 2 bis 9 Jahre, 2 bis 10 Jahre, 4 bis 15 Jahre, 3 bis 20 Jahre und 1 bis 22 Jahre organisiert. 12 Delegierte stehen im Alter von 46—50 Jahren. Von diesen war 1 weniger als 1 Jahr, 1 bis 2 Jahre, 2 bis 3 Jahre, 1 bis 4 Jahre, 1 bis 7 Jahre, 1 bis 15 Jahre, 1 bis 20 Jahre und 4 über 20 Jahre organisiert. Mehr als 50 Jahre alt sind 10 Delegierte. Darunter ist einer weniger als 1 Jahr, 1 bis 3 Jahre, 1 bis 8 Jahre, 1 bis 9 Jahre, 1 bis 10 Jahre, 2 bis 15 Jahre, 2 bis 20 Jahre und 1 über 20 Jahre organisiert.

Das Gesamtergebnis ist so, dass von den 193 Delegierten, die kontrolliert werden konnten, 27 weniger als 1 Jahr, 10 bis 2 Jahre, 25 bis 3 Jahre, 16 bis 4 Jahre, 7 bis 5 Jahre, 9 bis 6 Jahre, 15 bis 7 Jahre, 4 bis 8 Jahre, 13 bis 9 Jahre, 10 bis 10 Jahre, 30 bis 15 Jahre, 13 bis 20 Jahre und 10 über 20 Jahre ihrer Gewerkschaft angehören. Ein Drittel der Delegierten war somit weniger als 3 Jahre organisiert. Von diesen ist überdies mehr als die Hälfte schon mehr als 30 Jahre alt, also in einem Alter, in dem man die «Rekrutenzeit» als Gewerkschafter längst hinter sich haben sollte.

Wir halten allgemein dafür, dass in Anbetracht der hohen Verantwortung, die der Delegierte eines Gewerkschaftskongresses zu tragen hat, auch diese Seite der Delegationsfrage mehr gewürdigt werden sollte.

Die Verteilung auf die Landesgegenden ergibt, dass Delegierte aus 81 Orten erschienen sind. Davon entfallen auf die Kantone: Aargau 10, Appenzell 5, Baselstadt 14, Baselland 2, Bern 72, Genf 5, Luzern 4, Graubünden 1, Neuenburg 17, Schaffhausen 5, Solothurn 7, St. Gallen 10, Tessin 6, Thurgau 6, Waadt 12, Wallis 2, Zug 1, Zürich 46. In diesen Zahlen sind die Delegierten der Gewerkschaftskartelle nicht inbegriffen. Die starke Vertretung von Bern erklärt sich daraus, dass die zwei grössten Verbände in Bern ihren Sitz haben.

Inmerhin ist das prozentuale Vertretungsverhältnis der Zentralvorstände nicht günstiger als in andern Verbänden.



Um die III. Internationale.

Der Gewerkschaftskongress fand nicht die Zeit zur Behandlung dieser für die Erhaltung der Einheit der Bewegung schwerwiegenden Frage. Abklärung ist aber notwendig, weil sich bereits einzelne Organisationen mit der praktischen Lösung der Frage Moskau oder Amsterdam? beschäftigen. So wurden im Kreise der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Zürich Referate pro und kontra gehalten mit dem Ergebnis, dass dem Verbandstag am 6. und 7. November 1920 der Eintritt in die III. Internationale beantragt wird. Im Streit der Referenten an der Versammlung, ob der Eintritt in die dritte Internationale den Austritt aus dem Schweiz. Gewerkschaftsbund bedinge, stellen wir uns auf die Seite des Korreferenten Dr. Oprecht. Es ist selbstverständlich, dass eine Organisation, die dem Schweiz. Gewerkschaftsbund angehört, nicht gleichzeitig einer gegnerischen Organisation angehören kann. Als gegnerisch muss aber die «Dritte» dem Kampf gemäss, den sie gegen den I. G. B. führt, bezeichnet werden. Wir lesen im Bericht des «Gemeinde- und Staatsarbeiter» über das Referat Rüegg: «Frenetischer Beifall der Mitglieder folgte diesem Vortrag.» Spürt man dem Inhalt des Vortrages nach, so ist das Ergebnis recht mager. Die Schilderung der weltpolitischen Lage in den einzelnen Ländern ist oberflächlich und einseitig moskowitzisch gefärbt.

Wenn Rüegg behauptet, die «Rechte» sehe die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter in der Verständigung mit dem Unternehmertum, so ist das, soweit es sich um Gegenwartsfragen handelt, allerdings richtig. Ohne diese Gegenwartsarbeit ist aber eine gewerkschaftliche Betätigung unmöglich. Dagegen bliebe noch zu untersuchen, ob die Zukunftsinteressen bei den Leuten um Rüegg oder bei den sogenannten Rechten besser zweckentsprechend gefördert werden. Die Taten, die wir bisher gesehen haben, sprechen sicher nicht für erstere. Es wäre unsern Kommunisten zu empfehlen, das Büchlein Kinderkrankheiten des Radikalismus von einem gewissen Lenin zu lesen, sie finden dort ein treffendes Spiegelbild ihrer Phraseologie. Das bezeichnendste daran ist — eine Folge der durch den Krieg herbeigeführten Geistesverwirrung — der Appell an die rohe Gewalt. Diese Gewalttheorie äussert sich schon in der Diskussion. In dieser beschränkt sie sich aber nicht darauf, dem Andersdenkenden mit Grobheiten zu antworten, sie geht systematisch darauf aus, ihn zu schimpfen als «Spiessbürger», «Verräter», «Sozialpatriot». Die Klischees hierfür werden fertig aus Russland bezogen. Lenins, des modernen Ignaz von Loyola Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel, kehrt wieder in den Worten an seine Jünger: «*Man muss es verstehen, dem allen Widerstand zu leisten, sich zu jeden und allen Opfern zu entschliessen und — wenn es nötig ist — sogar List, Schlauheit, illegale Methoden, Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit anwenden, um nur in die Gewerkschaftsverbände einzudringen, in ihnen zu bleiben, in ihnen kommunistische Arbeit durchzuführen.*»

Es wird von den Anhängern der «Linken» gerne betont, der Emanzipationskampf der Arbeiter sei nicht in erster Linie eine Magenfrage, es gebe noch höhere Güter als Essen und Trinken, welcher Auffassung wir durchaus beipflichten. Aber werden diese höhern moralischen und ethischen Gesichtspunkte nicht geradezu